

Genschers »Erinnerungen« im Rückblick Eine kritische Nachlese*

Von Ernst Friedrich Jung

Memoiren prominenter Politiker haben sich nach Erscheinen zunächst der Kritik in den Medien zu stellen. Dort arbeitet man zügig und nicht immer gründlich, will man doch dem Publikum möglichst schnell einen ersten Einblick vermitteln. Auch über 1000 Druckseiten schrecken da nicht ab. Ob die Erinnerungen dann später einmal als Material für die Geschichtsschreibung dienen, ist eine andere Frage; ihre Beantwortung hängt von der Stellung des Autors und von der Qualität der Memoiren ab. Zwischen diesen beiden Zeitpunkten – Rezension und eventueller Verwertung durch die Historiker – legt sich zumeist Schweigen auf die hinterlassenen Berichte, obwohl manche es verdienen würden, im Lichte neuer Erkenntnisse schon vorher neu bewertet zu werden.

Die im September 1995 erschienenen »Erinnerungen« des ehemaligen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher¹ haben Anspruch auf eine erneute Durchsicht. Bis Ende jenes Jahres lag ein gutes Dutzend Rezensionen in überregionalen Presseorganen vor, die dem Werk zumeist hohe Aktualität bescheinigen, aber auch mit vielen kritischen Tönen durchsetzt sind. Dem ehemaligen Außenminister wird – schon vermöge seines Amtes – eine maßgebende Rolle in der Politik, die zur deutschen Einigung und zur engeren Integration Europas führte, zugeschrieben. Gleichzeitig werden zu manchen Passagen über die Entspannungs-, Abrüstungs- und Deutschland-Politik auch ungünstige Kommentare gegeben. Kritisiert wird allgemein die Länge sowie die Komposition von sachlich und zeitlich oft nicht zusammenhängenden Texten mit persönlichen Berichten, Terminkalendernotizen, Dolmetscheraufzeichnungen, Reden, Interviews, Kommuniqués und dergleichen. An manchen Stellen kann es tatsächlich zu der hypothetischen Frage kommen, ob Genscher als Behördenchef Aufzeichnungen, die ihm in gleicher Qualität aus seinem Hause vorgelegt worden wären, nicht zur Überarbeitung zurückgeben hätte. Daneben wird aber auch die Vermutung geäußert, daß manche Unklarheiten und Lücken vom »Meister des Quell-

* Die Arbeit wurde im Juni 1998 abgeschlossen.

1 Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995.

worts«² absichtlich herbeigeführt worden seien. Den meisten Rezensenten fällt das Übermaß an Eigenlob unangenehm auf, das Genscher sich zubilligt, als ob er den Leser nicht damit belasten möchte, selbst über Würdigung, Anerkennung oder Lob zu entscheiden. Auch daß der Beitrag, den sein Regierungschef Kohl zur Erreichung der deutschen Einheit geleistet hat, verkleinert wird, findet Kritik. Vielen Rezensenten fehlt in den Erinnerungen die politische Reflexion; nach ihnen handelt es sich um das Buch eines parteipolitischen Taktikers und Machtpolitikers.

Seit Genschers Rücktritt am 27. April 1992, der wohl am überraschendsten für seine eigene Partei kam, haben sich andere politische Konstellationen ergeben und sind Berichte und Memoiren erschienen, die neues Licht auf die Epoche werfen. Eine Nachlese der Genscherschen Erinnerungen erscheint angebracht, um einige Aspekte etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Durchsicht beschränkt sich auf die Gebiete Deutschlandpolitik, Wiedervereinigung, europäische Integration, Enteignungen 1945-1949 und Jugoslawien. Untersuchungsgegenstand bleibt das Buch, nicht die historische Leistung und auch nicht die Person Genschers, obwohl beides nicht ausgeblendet werden kann.

Deutschlandpolitik

Die Teilung Deutschlands zu überwinden, war dem Hallenser Genscher ein politisches Anliegen; weite Teile seiner Erinnerungen, ihr Beginn und ihr Ende handeln von der Deutschlandpolitik. Daß Genscher als Politiker und Außenminister bei der deutschen Wiedervereinigung eine wichtige Rolle gespielt hat, steht außer Frage.

Hier begegnet dem Leser seiner Memoiren jedoch der erste Widerspruch. Genscher teilt mit, daß er Adenauers Deutschlandpolitik äußerst kritisch gegenübergestanden habe, und hält seine Kritik auch jetzt noch aufrecht.³ Man müsse sich fragen, ob Adenauer die deutsche Einheit wirklich gewollt habe; in Wahrheit habe er die Westbindung der Einheit vorgezogen. Seine hilflose Reaktion auf den Mauerbau zeige das. Die Hallstein-Doktrin und die Idee eines zehnjährigen Moratoriums seien schädlich gewesen. Immerhin bleibt Adenauers Ablehnung der Stalinnote von 1952 in diesem Zusammenhang unerwähnt.

Hier muß man fragen, ob Genscher etwa zeitweise geglaubt hat, die

2 Josef JOFFE, »Im Blick zurück und ohne Zorn«, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 18. Sept. 1995. Von Joffe stammen auch zwei Rezensionen in der angelsächsischen Presse: »*Détente über alles*«, in: *The Times Literary Supplement* vom 13. Okt. 1995, und »*The Secret of Genscher's Staying Power. Memoirs of a Slippery Man*«, in: *Foreign Affairs*, New York, Jan./Febr. 1998.

3 H.-D. GENSCHER (wie Anm. 1), S. 91.

Wiedervereinigung ohne den Niedergang der sowjetischen Machtposition erreichen zu können. Adenauer hatte niemals seine Skepsis gegenüber den Zukunftsaussichten der Sowjetunion aufgegeben. Er wußte, daß die deutsche Teilung ohne Zustimmung der Sowjetunion nicht aufgehoben werden konnte, und hoffte, daß es zu dieser Zustimmung eines – wenn auch eher fernen als nahen – Tages kommen würde. Nur eine Westbindung der Bundesrepublik zusammen mit einer Stärkung des Westens würde das notwendige Gewicht herstellen, um die Sowjetunion zur Erkenntnis ihrer wahren Interessenlage zu bringen. Wie recht er damit hatte, hat die Geschichte der folgenden 40 Jahre gezeigt – und wir können unterstellen, daß es auch Genscher nicht verborgen geblieben ist. Auch er hätte damals die deutsche Teilungsposition nicht ändern können – wie es ihm auch in den späteren Jahren bis 1989 nicht gelungen ist.

Adenauer wollte nicht zwischen Einheit und Frieden, Freiheit und Sicherheit wählen. Alles gehörte zusammen, auch wenn politische Notwendigkeit eine Reihenfolge in der Verfolgung der Ziele erzwang. Es befremdet deshalb in hohem Maße und überzeugt keinesfalls, wenn Genscher Adenauers Willen zur deutschen Einheit in Zweifel zieht. Das Grundgesetz verpflichtete den Kanzler dazu, und seine Regierung hatte sich darauf festgelegt. Unter Adenauer kam der Deutschland-Vertrag zustande mit der für die Zukunft entscheidenden Verpflichtung der Westalliierten, für die Wiedervereinigung Deutschlands einzutreten. Schließlich ist es der von Adenauer in die Weltpolitik eingeführte Staat Bundesrepublik Deutschland gewesen, dem die DDR im Jahre 1990 beigetreten ist. Daß Bonn in der ersten Nachkriegszeit mit seiner Deutschlandpolitik nicht vorankam, kann bei dem damaligen Kräfteverhältnis nicht wundernehmen. Sicher mußte das politische Instrumentarium der Deutschlandpolitik überdacht werden, wie es denn auch periodisch immer wieder überprüft worden ist. Mit der Hallstein-Doktrin und mit Moratoriumsvorschlägen kam man nicht mehr weiter. Hier tat sich ein neues Feld auf, in das Genscher und seine Partei vordrangen. So wird man nicht fehl in der Annahme gehen, daß parteipolitische Motive nachwirken, wenn Genscher noch heute dem ersten Bundeskanzler ein politisches Doppelspiel unterstellt.

Die Entspannungspolitik, der sich der Autor seit 1966 mit Verve widmete, nimmt in den Erinnerungen einen breiten Raum ein. Nach dem Harmel-Bericht der Allianz von 1967 sollte sie aus einer Doppelstrategie bestehen, nämlich Entspannung und Verteidigung. Die Lektüre vermittelt den Eindruck, daß bei Genscher zunächst der vordere Teil der Strategie größeres Gewicht erhält. Er tritt für eine gesamteuropäische Friedenskonferenz

ein und warnt vor Verstärkung der deutschen Streitkräfte.⁴ Verbesserung der Kontakte zu Ostberlin hat Priorität; man will sich mit dem Regime gutstellen, um Konzessionen zu erlangen, und hofft, daß sich das Regime dabei ändere. Daß zu deutliche Kritik an östlichen Regimen verpönt ist und daß die zugrundeliegende Konfrontation bestehen bleibt, wird nicht erwähnt. Ebensowenig, daß man seit Beginn der 70er Jahre nicht mehr von Wiedervereinigungs-, sondern eher von Substanzwahrungspolitik sprechen kann. Das Verwalten der Teilung, verbunden mit immer neuen Schlagworten, Ideen und Vorschlägen, war Trumpf geworden. Wenn Genscher anläßlich des Amtsantritts der Regierung Schmidt schreibt, daß eine Profilierungspolitik, z.B. »durch die künstliche Suche nach neuen Akzenten«, letzten Endes keinen Vorteil bringe, dann mutet das wie eine nachträgliche Erkenntnis an.

Die Abgrenzung zum sozialdemokratischen Koalitionspartner fällt dem Autor in diesem Bereich zunächst schwer. Die Anerkennung der DDR in der Brandtschen Regierungserklärung von 1969 wird nicht einmal erwähnt, obwohl ihre Ausgestaltung für das spätere Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht von großer Bedeutung war. Erst allmählich vergrößert Genscher die Distanz zu Egon Bahrs »Wandel durch Annäherung«-Maximen. Auch setzt er sich von dem Kurs der Sonderbeziehungen der SPD zur SED ab. Vielmehr bleibt er auf einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft und auf der Offenhaltung der deutschen Frage bestehen.

Wiedervereinigung

Die Wende von 1989 – eine sanfte Revolution – ist in ihrem Zeitpunkt von niemand vorausgesehen worden, konnte wohl auch nicht vorausgesehen werden, weil zu viele Unbekannte im Spiel waren. Der oft gehörte Vorwurf, man hätte Schubladen-Konzepte für den Fall einer solchen Umwälzung bereithalten müssen, verkennt das Planungsvermögen einer modernen Demokratie. Da sich die Ereignisse seit Mitte 1989 ständig beschleunigten, gelegentlich geradezu überschlugen, war es außerordentlich schwierig, die einzelnen Phasen der Entwicklung vorauszuerkennen, so stark die Hoffnungen und Wünsche der Beteiligten auch sein mochten. Dabei war es in keinem Stadium auszuschließen, daß die Dinge in einen blutigen Konflikt umschlagen könnten. Auch konnte niemand wissen, daß die Sowjetunion Ende 1991 aufhören würde zu bestehen. Keinem Politiker kann daher ein Vorwurf gemacht werden, wenn er die Lage mit Zurückhaltung verfolgte und seine eigenen Schritte vorsichtig, beinahe tastend machte. Niemand wußte

4 EBD., S. 97.

genau, was man der Sowjetunion bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im einzelnen zumuten könne, ohne für den ganzen Prozeß schädliche Rückwirkungen hervorzurufen. Als Außenminister hatte Genscher hier eine besondere Verantwortung.

Wir wissen heute, daß Präsident Bush als eine treibende Kraft des Wiedervereinigungsprozesses am unerschrockensten vorging, mit Abstand gefolgt von Bundeskanzler Kohl, der noch beim 10-Punkte-Plan vom 28. November 1989 vergleichsweise behutsam agierte. Hat Genscher hier und da eine Sonderrolle gespielt? Es gibt verschiedene Aspekte, die auffällig sind und bei denen Kritik geäußert worden ist.

In seinen Erinnerungen wird Genscher nicht müde zu erklären, er sei immer für die Mitgliedschaft von ganz Deutschland in der NATO eingetreten. Hier zeigt sich dem Leser ein neuer Widerspruch: Genscher befürwortete nämlich Verhandlungen, die – gleichzeitig mit der Wiedervereinigung – zu einem Aufgehen der Bündnisse in einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur führen sollten und daher einen intensiven Ausbau der KSZE voraussetzten. So erklärte er beim Drei-Königs-Treffen der FDP am 6. Januar 1990: »Den Bündnissen NATO und Warschauer Pakt kommt in diesem Prozeß eine besondere politische Steuerungsfunktion zu. Die den Völkern Europas von den Bündnissen gewährte Sicherheit muß in einem ersten Schritt durch kooperative Sicherheitsstrukturen gestärkt werden. In einem zweiten Schritt müssen die dann kooperativ strukturierten Bündnisse in einen Verbund gemeinsamer kollektiver Sicherheit überführt werden, das heißt, es sollten *zwischen* [Hervorhebung durch G.] den Bündnissen Strukturen entstehen, die den Antagonismus der Bündnisse Schritt für Schritt überwinden.«⁵

Der Widerspruch besteht darin, daß die Zugehörigkeit eines vereinigten Deutschlands zur NATO mit dem Weiterbestehen des Warschauer Pakts – in dem die DDR ein Kerngebiet war – unvereinbar gewesen wäre. Im übrigen war der Warschauer Pakt bereits so weit erodiert, daß er sich gar nicht als Widerlager eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems geeignet hätte. Die Zumutung, die darin lag, ihn der DDR und ihren Nachbarn gegen deren Willen weiter überzustülpen, scheint Genscher nicht bemerkt zu haben. Seine Idee hätte den Wünschen Moskaus entsprochen, da damit der morose Warschauer Pakt Auftrieb erhalten hätte und die Frage der NATO-Ausdehnung hätte vermieden werden können. Mit diesem Konzept kam Genscher jedoch weder bei den westlichen Verbündeten noch bei Bundeskanzler Kohl an.

Ein weiterer Widerspruch zu Genschers Behauptung, er sei von Anfang an für die Einbeziehung Gesamtdeutschlands in die NATO gewesen, kommt

5 EBD., S. 712.

hinzu. Das schließlich in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen erreichte optimale Ergebnis sah bekanntlich vor:

- Einbeziehung des gesamten DDR-Territoriums in die Garantie des Bündnisses,
- Verlegung von deutschen Territorial-Streitkräften in den anderen Teil Deutschlands *bis* zum Abzug der sowjetischen Truppen,
- Verlegung von lediglich deutschen NATO-Struktur-Streitkräften ohne Dual-purpose-Systeme *nach* Abzug der Sowjets,
- Übungen ausländischer Truppen auf DDR-Gebiet nach deutschem Ermessen,
- deutsche Gesamtstreitkräfte in Höhe von 370 000 Mann.

Dieses Ergebnis entsprach nicht Genschers ursprünglicher Vorausschau. Nur zögernd ist er den Weg bis zur optimalen Lösung mitgegangen. Er rechnete anfangs nicht damit, daß sich Moskau mit einer Ausdehnung der NATO auf das Territorium der DDR abfinden würde. In Genschers programmatischer Tutzingener Rede vom 31. Januar 1990 und in seinen begleitenden Äußerungen hatte er sich überdeutlich gegen eine »Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten«, gegen eine Erweiterung der »Grenze der NATO bis zur Oder und Neiße« ausgesprochen, die Frage einer Beistandsverpflichtung der NATO für das DDR-Gebiet aber in einer Weise offengehalten, als ob er sie nicht in Anspruch nehmen wollte. Er fürchtete eine schädliche Reaktion der sowjetischen Hardliner. Gleiches gilt für die Festsetzung der Obergrenze der deutschen Streitkräfte, die Genscher niedriger haben wollte. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit Kohl und Stoltenberg. Die Kontroverse mit dem Bundesverteidigungsminister, der im Gegensatz zu Genscher auf unbedingtem NATO-Schutz des DDR-Territoriums bestand und Zonen unterschiedlicher Sicherheit in Deutschland ablehnte, ist Genscher nachträglich »unverständlich«. Immerhin hatte er damals eine Stationierung der Bundeswehr in der DDR als illusionär abgelehnt und gemeint, das Modell der Wehrpflicht von Westberlin auf die DDR übertragen zu können; auch hatte er mit dem Gedanken gespielt, die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf DDR-Territorium für eine längere Übergangszeit als die später vereinbarte anzubieten. Was die Obergrenze der deutschen Streitkräfte betrifft, so sagt Genscher in seinen Memoiren nichts über etwaige Sondierungen bei Schewardnadse. Mehrere Informationen, er habe bei diesem eine Zahl von 280.000 bis 300.000 Bundeswehrsoldaten ins Spiel gebracht, sind von Genscher später bestritten worden.

Nachdem auf amerikanischen Vorschlag in Ottawa die Zwei-plus-Vier-Formel für die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit auf den Weg gebracht worden war, fand Genscher Interesse an einem Vorschlag Schewardnadses, zur Beruhigung des Konferenztempos die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Wiedervereinigung von denen der inneren

Aspekte zu entkoppeln. Der Gedanke verfiel der sofortigen Ablehnung der Verbündeten und des Kanzleramts. Daß er von dem Entkoppelungsvorschlag seines sowjetischen Kollegen angetan gewesen sei, bezeichnet Genscher als Mißverständnis; er habe sich den Vorschlag nicht zu eigen gemacht, sondern lediglich versucht, seine Motive zu erklären. Dagegen deuten Äußerungen Genschers und seiner Umgebung darauf hin, daß der Bundesaußenminister durchaus zur Annahme des Entkoppelungsvorschlag neigte. In seinen Erinnerungen bemerkt Genscher sophistisch, es sei schließlich doch zu einer Trennung beider Verhandlungen gekommen, da der Zwei-plus-Vier-Vertrag vor der deutschen Vereinigung unterzeichnet worden sei (also mit einem Vorlauf von 21 Tagen; der ursprüngliche Entkoppelungsvorschlag von Schewardnadse hatte ein Hinausschieben der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zum Ziel).

Alles in allem: Des Autors »größere Konzessionsbereitschaft sollte sich noch mehrmals im Verlauf der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zeigen und war letztlich darauf zurückzuführen, daß Genscher weniger als Kohl, Teltchik und Stoltenberg damit rechnete, in welchem Ausmaß Gorbatschow schließlich in den wesentlichen Punkten der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einlenken würde«⁶. Genscher hat mit seinen Vorstößen, die er mehrmals aus eigenem Antrieb mit Schewardnadse vorklärte, die Verhandlungen nicht eben erleichtert. Es fällt aber schwer, ihm deswegen allzu gravierende Vorwürfe zu machen. Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen waren ohnehin eine Arbeit am Trapez ohne Netz, bei der stark improvisiert werden mußte. Letzten Endes hat auch Genscher ein allseits annehmbares Ergebnis dieser epochalen Verhandlungen nicht nur nicht verhindert, sondern aktiv dazu beigetragen. Das Mißliche ist nur, daß er seine Fehlbeurteilungen in seinen Erinnerungen nicht zuzugeben bereit ist. Dabei geht es nicht so sehr um seine Darstellung, nach der mehr oder weniger er und seine Partei den Lauf der Dinge bestimmt und sich eher der störenden Einwirkungen des Kanzleramts hätten erwehren müssen; es geht vielmehr um die korrekte Wiedergabe des Sachverhalts.

Eine eigenartige Rolle spielt in Genschers Erinnerungen seine Berichterstattung über das Verhalten Mitterrands im Vereinigungsprozeß. Während er bei Margaret Thatcher keinen Zweifel an ihrer ablehnenden und schließlich resignierenden Einstellung läßt, kommt Mitterrand besser weg. Es kann jedoch keinen Zweifel geben, daß auch Mitterrand über die 1989 einsetzende Verschiebung der europäischen Kräfteverhältnisse tief besorgt war.⁷ Trotz

6 Rafael BIERMANN, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn 1997, S. 495.

7 Elizabeth POND, *Beyond the Wall. Germany's Road to Unification*, Washington 1993, S. 157 ff.; R. BIERMANN (wie Anm. 6), S. 502 (mit Zitat Blackwill); Christian DEUBNER,

der Verpflichtung aus dem Deutschland-Vertrag von 1954 und vieler schöner Erklärungen und Reden versuchte er, diesen Prozeß zum mindesten zu verlangsamen. Diesem Zweck dienten auch sein Treffen mit Gorbatschow am 6. Dezember 1989 in Kiew⁸ und seine Reise am 20./22. Dezember 1989 in die DDR, letztere immerhin der erste Besuch eines Staatsoberhauptes einer westlichen Siegermacht seit Ende des zweiten Weltkrieges. Beide Reisen waren für Mitterrand kein Erfolg. In Kiew war er so weit gegangen, Gorbatschow zu fragen, ob er ihn nach Ostberlin begleiten wolle, worauf dieser nicht einging. Dennoch mußten bei den Reiseplänen zu diesem Zeitpunkt in Bonn die Alarmglocken läuten, so wie sie bei Genscher schrillten, als die Sowjets am 11. Dezember 1989 den Versuch machten, den Kontrollrat in Berlin wiederzubeleben. Genscher erwähnt die Reise nach Kiew überhaupt nicht, obwohl er die Tage vor- und nachher genau dokumentiert; so hatte er am 30. November 1989 ein langes Gespräch mit Mitterrand in Paris (mit Bild und Unterschrift »Deutschland und Frankreich – mehr als eine Partnerschaft«), am 7. Dezember traf er Dumas, der am 6. Dezember in Kiew zugegen gewesen war, in Straßburg. Über Mitterrands Besuch in der DDR sei er zwar einige Zeit vorinformiert worden, schreibt Genscher und stellt ihn dann etwas gönnerhaft in einer Weise dar, als ob sich der französische Präsident an seine Ratschläge gehalten habe. Dabei hatte Mitterrand Modrow die Offerte gemacht, jeden Vertrag abzuschließen, »der für Ihr Land nützlich ist und unseren gegenseitigen Interessen entspricht«, ein Vorschlag, der in Bonn zusätzlichen Ärger auslöste.⁹ Der Memoirenschreiber Genscher will Mitterrand offenbar schonen. »Zu keiner Zeit hatte ich Anlaß, an der Unterstützung Frankreichs für die deutsche Vereinigung zu zweifeln.«¹⁰

Erst nachdem Mitterrand den Vereinigungsprozeß weder blockieren noch bremsen konnte, hat er aus der Not eine Tugend gemacht: Er stimmte dem Zusammenschluß zu, nicht ohne eine beachtliche deutsche Gegenleistung zu erhalten.

Europäische Integration

Schonend für Frankreich ist auch das Bild, das Genscher von der Verzahnung der Europa-Politik mit dem Wiedervereinigungsprozeß zeichnet. Über das

»Mitterrand hätte die Einheit lieber blockiert«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 6. Febr. 1996 (mit Hinweisen auf ZELIKOW/RICE, vgl. Anm. 8, und Jacques ATTALI, *Verbatim*, Paris 1995, Bd. III).

8 Philip ZELIKOW/Condoleezza RICE, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge, Mass. 1995, S. 137.

9 Richard KIESSLER/Frank ELBE, *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit*. Mit einem Vorwort von Hans-Dietrich Genscher, Baden-Baden 1993, S. 60.

10 H.-D. GENSCHER (wie Anm. 1), S. 664.

Zustandekommen des Vertrages von Maastricht wird nur in großen Zügen und äußerst unübersichtlich an verschiedenen Stellen des Buches berichtet, über den Inhalt so gut wie gar nichts. Genscher teilt mit, wie er 1988 mit einer Denkschrift persönlich die »Kampagne« für eine Wirtschafts- und Währungsunion begonnen und sich seine Initiative dann zum Delors-Bericht vom April 1989 verdichtet habe. Er ist darauf sichtlich stolz.¹¹ Kanzleramt und Finanzministerium hätten unvertretbar gezögert, dem Beginn einer Regierungskonferenz über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion zuzustimmen. Ein Sondergipfel in Paris am 18. November 1989 habe daraufhin frostig geendet. Mitterrand habe den Beschluß über die Regierungskonferenz schon im Dezember 1989 in Straßburg durchsetzen wollen. Für ihn sei es in der sich dramatisch wandelnden politischen Landschaft »der Lackmustest dafür gewesen, ob Bonn auch weiterhin zur Europäischen Union entschlossen war«¹²; wenn die Deutschen mithülften, Europa aufzubauen, werde auch in der deutschen Frage alles möglich sein.¹³

Mitterrand hatte am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg Erfolg. Aus der Schlußerklärung des Europäischen Rates vom 9. Dezember 1989 zitiert Genscher, daß der deutsche Einigungsprozeß auch in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet sein müsse. Dazu schreibt er: »Die Irritationen, die sich Wochen zuvor in Paris und anderen Hauptstädten angesichts der ungelösten Frage ergeben hatten, ob die Bundesregierung der Einsetzung einer Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion noch vor Ende 1990 zustimmen werde, waren überwunden ... Mitterrand ... wollte mit der Europäisierung der deutschen Vereinigung eine Wiederholung der alten Fehler auf beiden Seiten des Rheins verhindern ... Klarer als mancher deutsche Politiker oder Publizist erkannte Mitterrand die historischen Rahmenbedingungen, unter denen sich die deutsche Vereinigung allein vollziehen konnte. Die bei uns oft nicht sonderlich differenziert vorgetragenen prinzipiellen Bedenken gegen die Wirtschafts- und Währungsunion ... gefährdeten eine historische Chance.«¹⁴

Soweit der Bericht Genschers. Er ist unvollständig. Die Franzosen waren Mitte Dezember 1989 noch immer nicht davon überzeugt, daß die Deutschen bei der Währungsunion mitmachen würden. Wir hören heute unter Berufung auf amtliche Kreise,¹⁵ daß der Bundeskanzler sich in der eisigen Atmosphäre

11 Bundesbankpräsident Tietmeyer laut »Der Spiegel« 10/1998, S. 26: »Im Grunde hat Genscher das Ganze in Gang gesetzt.«

12 H.-D. GENSCHER (wie Anm.1), S. 390.

13 EBD., S. 680.

14 EBD., S. 691 f.

15 »Weg ohne Wiederkehr«, in : »Der Spiegel« 10/1998, S. 25 ff.; Joachim BITTERLICH

des europäischen Sondergipfels in Paris am 18. November 1989 – neun Tage nach dem Fall der Mauer – isoliert sah; die deutsche Frage stehe nicht auf der Tagesordnung, hatte kühl ein französischer Regierungssprecher erklärt. Kohl und seine Berater machten sich damals keine Illusionen darüber, daß unsere Partner, insbesondere Frankreich, die deutsche Vereinigung nicht ohne konkrete Zugeständnisse auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion hinnehmen würden. Am 27. November 1989 – einen Tag vor seinem 10-Punkte-Programm zur Überwindung der deutschen Teilung – versuchte Kohl, in einem Brief an Mitterrand die Situation aufzulockern, indem er neben den Verhandlungen über die Währungsunion als einer politischen Finalität auch solche über institutionelle Reformen vorschlug, die beide gleichzeitig im Jahre 1992 abgeschlossen werden sollten. Mitterrand bestand aber auf der Priorität der Währungsunion. Als auf dem Straßburger Gipfel vom 8./9. Dezember 1989 dafür grünes Licht gegeben wurde, wurden Kohls Hinweise auf die Regierungskonferenz zur Politischen Union nicht ins Schlußprotokoll aufgenommen. Die Stimmung litt noch unter dem Eindruck von Kohls 10-Punkte-Programm vom 28. November, über das er nur Präsident Bush vorinformiert hatte (nicht einmal Genscher). Erst ein Besuch Kohls bei Mitterrand in seinem Landsitz Latché bei Biarritz am 4. Januar 1990 und Kohls Erfolg bei den DDR-Wahlen vom 18. März 1990 gaben Mitterrand das Vertrauen, daß die Deutschen einer Europäisierung der Bundesbank zustimmen würden. Kohl schreibt über dieses Treffen, er sei sich darüber im klaren gewesen, daß die französische *classe politique* gegen eine Vereinigung eingestellt sei.¹⁶ Er habe dem Präsidenten die Sicherheit geben wollen, daß ein geeintes Deutschland fest in der Europäischen Gemeinschaft verankert bleibe. Beide hätten sich für ein gemeinsames Vorgehen ausgesprochen; die deutsche und die europäische Einheit müsse gleichzeitig angestrebt werden. Teltschik bestätigt das und fügt hinzu: »Wie immer bleibt bei Mitterrand vieles vage.«

Genschers Darstellung, wie es zu der Weichenstellung für die Währungsunion gekommen ist, befriedigt aber auch sonst nicht. Wenn es nach Kanzleramt und Bundesfinanzministerium gegangen wäre, hätte man sich mit der Währungsunion noch Zeit gelassen. Ohne deutlich vorgetragene französische Erwartungen, denen Bundeskanzler und Außenminister glaubten entgegenkommen zu müssen, ist es nicht vorstellbar, daß es so schnell zu der grundsätzlichen Entscheidung gekommen wäre. Die Aussage Genschers,

(Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Leiter der Abteilung für auswärtige Beziehungen, Entwicklungspolitik und äußere Sicherheit), »Anfangs frostig, später europäisch«, in: *Die Zeit* v. 7. Mai 1998.

16 Helmut KOHL, *Ich wählte Deutschlands Einheit*, Berlin 1996, S. 232; Horst TELTSCHIK, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 97 ff.

für das Geschichtsverständnis Mitterrands sei es kennzeichnend gewesen, daß er seine Haltung zur deutschen Einheit nicht von unserer Haltung zur europäischen Einigung abhängig gemacht habe,¹⁷ steht dem nicht entgegen. Es ist eine Frage der Semantik, was man unter einem politischem Junktim versteht. Die Ausübung politisch-diplomatischen Drucks spielt sich in der Regel nur indirekt ab; sie wird erleichtert, wenn der Gebende wie im deutschen Fall nicht grundsätzlich »nein«, sondern nur »noch nicht« sagen wollte. So wird man schließlich über die Haltung Kohls und der Bundesregierung in der Frage der Währungsunion mit Goethes Ballade vom Fischer befinden können: »Halb zog sie ihn, halb sank er hin«.

Bekanntlich hat Maastricht am 10. Dezember 1991 die Politische Union nicht gebracht (ebensowenig wie die Folgekonferenz von Amsterdam 1997). Warum es dazu nicht gekommen ist – darüber findet sich bei Genscher kein Wort. Aufgrund eines deutsch-französischen Papiers wurde beim Europäischen Rat in Dublin im Juni 1990 festgelegt, daß im Dezember 1990 zwei Regierungskonferenzen ihre Arbeit aufnehmen sollten, eine für die Politische Union und eine für die Wirtschafts- und Währungsunion. Am 13./14. Dezember 1990 verabschiedete der Europäische Rat in Rom zunächst das Mandat der Regierungskonferenz über die Politische Union und eröffnete dann die beiden Regierungskonferenzen (über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und über die Politische Union). Noch am 13. März 1991 erklärte der Bundeskanzler auf der Tagung »Forum für Deutschland« in Berlin: »Man kann die Wirtschafts- und Währungsunion nicht ohne die Politische Union, und man kann die Politische Union nicht ohne die Wirtschafts- und Währungsunion bekommen. Die Wirtschafts- und Währungsunion wollen viele – aus naheliegenden Gründen.«¹⁸

Am 6. November 1991 bekräftigte Bundeskanzler Kohl, diesmal vor dem Bundestag, die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne eine politische Union auf Dauer erhalten, sei »abwegig«. Wie es seitdem bis zum Abschluß des Maastricht-Vertrages mit der Politischen Union weitergegangen ist, bleibi vorerst ungeklärt. Auch der ehemalige Außenminister Genscher gibt über diesen Aspekt der Verhandlungsgeschichte leider keinen Aufschluß.

Enteignungen 1945-1949

Genscher läßt in seinen Erinnerungen keinen Zweifel daran, daß die politische Entscheidung über die Behandlung der 1945-1949 von der sowjetischen

¹⁷ H.-D. GENSCHER, S. 680.

¹⁸ *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 1991, Nr. 33, S. 245, und Nr. 124, S. 987.

Besatzungsmacht vorgenommenen Enteignungen bereits mit der Gemeinsamen (deutsch-deutschen) Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 gefallen war.

Die Vorgeschichte der Gemeinsamen Erklärung wird von Genscher nur teilweise wiedergegeben.¹⁹ In einer Erklärung vom 1. März 1990 hatte die DDR-Regierung dazu aufgerufen, die Eigentumsordnung in der DDR nicht in Frage zu stellen. Einen Tag später hatte DDR-Ministerpräsident Modrow Präsident Gorbatschow schriftlich gebeten, dieses Anliegen zu unterstützen. Daraufhin hatte die amtliche Nachrichtenagentur TASS am 27. März 1990 eine längere Erklärung der Sowjetregierung »zu Fragen des Eigentums in der DDR« veröffentlicht. Darin bekräftigte sie, daß »die 1945-1949 von der sowjetischen Militäradministration verwirklichten Wirtschaftsmaßnahmen« gesetzmäßig gewesen seien; absolut unannehmbar würden Versuche sein, die Rechte gegenwärtiger Eigentümer auf früher konfisziertes Vermögen in Abrede zu stellen. Am 28. April 1990 wandte sich das sowjetische Außenministerium überdies an die Botschaft der Bundesrepublik in Moskau und übergab ihr ein Aide-Mémoire. Darin wurde im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gefordert, daß die Gesetzlichkeit der in jeder Besatzungszone getroffenen Maßnahmen und Verordnungen der Besatzungsmächte nicht in Frage gestellt werde; die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse vor allem in Besitz- und Bodenfragen unterliege keiner Überprüfung oder Revision durch deutsche Gerichte oder Staatsorgane. Damit brachte Moskau seine eigene Forderung vor, die nicht so weit ging, für die »Sicherung der Eigentumsverhältnisse in der DDR« einzutreten, wie Modrow es verlangt hatte, sondern nur auf eine Nichtrückgängigmachung der Enteignungen abzielte. Genscher geht auf die Demarche vom 28. April 1990 nicht ein. Er erwähnt lediglich, daß Schewardnadse in der ersten Sitzung der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen am 5. Mai 1990 in Bonn ganz allgemein gefordert habe: »Selbstverständlich darf Deutschland die Legitimation der Maßnahmen und Verfügungen, die durch die vier Mächte in den Besatzungszonen erfolgt sind, nicht revidieren und in Zweifel ziehen.«

Mit diesen Schritten war von östlicher Seite ein Druck erzeugt worden, der – ohne daß Moskau eine ausdrückliche Bedingung gestellt hätte – die Bundesregierung schon zu diesem Zeitpunkt zu der Ansicht bewog, daß es nicht zu einer Wiedervereinigung kommen könne, wenn nicht die Enteignungen von ihr hingenommen würden. Sich in dieser auf die Niederlage von 1945 zurückgehenden Frage querzulegen, würde ihres Erachtens die Ver-

¹⁹ BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hrsg.), *Texte zur Deutschlandpolitik*. Reihe III, Bd. 8 a: 1990, Bonn 1991; vgl. auch »*Chronologie der Bundesregierung*«, Pressemitteilung Nr. 327 der Bundesregierung v. 2. Sept. 1994.

handlungen über den Einigungsvertrag mit der DDR und damit den Wiedervereinigungsprozeß blockiert haben. Immerhin vertrat sie in der Erklärung vom 15. Juni 1990 ausdrücklich die Auffassung, daß eine Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen einem gesamtdeutschen Parlament vorbehalten bleiben müsse.

Die sowjetischen Bestrebungen, die Angelegenheit zusätzlich in die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einzuführen, um sie damit auf eine höhere Ebene zu heben und in den Zwei-plus-Vier-Vertrag einzubringen, gingen weiter. An einer solchen zusätzlichen völkerrechtlichen Fixierung konnte Bonn kein Interesse haben und setzte sich gegen die sowjetische Forderung mit Erfolg zur Wehr. Mit der Erklärung vom 15. Juni 1990 hatte die Sowjetregierung ihr Ziel im wesentlichen schon erreicht. Sie fand sich schließlich damit ab, daß die Erklärung in einem gemeinsamen Brief der beiden deutschen Außenminister im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages an die Außenminister der vier Mächte wiederholt wurde.

Zu der Frage, wie stark der sowjetische Verhandlungsdruck in dieser Sache nach der Erklärung vom 15. Juni 1990 war, äußert sich Genscher nicht deutlich. Es ist inzwischen klargeworden, daß auf sowjetischer Seite verschiedene Gremien auf die Verhandlungen einwirkten, und das oft unkoordiniert.²⁰ Da agierten auf der einen Seite die Hardliner der 3. Europäischen Abteilung des Außenministerium und der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, die auf alten Positionen verharren. Auf der anderen Seite standen der Generalsekretär und seine Berater auf politisch schwankendem Grund. Dazwischen pendelte Schewardnadse, der immer mit mehreren Optionen operierte. Gorbatschow war an der Frage der Enteignungen nicht mehr interessiert und sagt heute glaubhaft, daß die Frage auf höchster – seiner – Ebene nicht angesprochen wurde. Die untere Ebene und Botschafter Kwizinskij, später stellvertretender Außenminister, kamen auf die Sache immer wieder zurück und veranlaßten auch Schewardnadse, sie in den Verhandlungen vorzubringen. Zwar vertrat dieser beim Zwei-plus-Vier-Treffen am 22. Juni 1990 in Ostberlin den offiziellen sowjetischen Standpunkt im einzelnen. Er war aber immer weniger von den Erfolgsaussichten der sowjetischen Forderungen überzeugt. Bekannt ist die Szene, die Kwizinskij in seinen Erinnerungen²¹ beschreibt, wie Schewardnadse ihm am 22. Juni 1990 im Flugzeug auf dem Rückflug von Ostberlin die Auflistung mit den 14 sowjetischen Verhandlungspositionen zuwarf mit dem Bemerkten: »Was wird von diesem Papier wohl übrigbleiben?« Dem widerspricht nicht, daß der sowjetische Außenminister darauf geachtet hat,

20 R. BIERMANN (wie Anm. 6), S. 469 ff.

21 Julij A. KWIZINSKIJ, *Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten*, Berlin 1995, S. 47.

daß erzielte Verhandlungserfolge auch eingebracht wurden. So hat er den Eingang des gemeinsamen Briefes der beiden deutschen Außenminister bezüglich der Nichtrückgängigmachung von Enteignungen vor Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages überwacht, sei es auch deshalb, um die »Germanisten« von Außenministerium und Zentralkomitee ruhigzustellen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der russische Verhandlungsdruck in dieser Sache bis zum 12. September 1990, dem Tag der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Abkommens, eher abgenommen hat. Die Position der Bundesregierung, daß aufgrund der Haltung der UdSSR die Wiedervereinigung nur zu erreichen war, wenn es bei der Hinnahme der Nichtrückgängigmachung der Enteignungen blieb, ist vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden. Eine ganz andere Sache ist, ob und wie Entschädigungen für enteignetes Vermögen gesetzlich geregelt werden sollten. Genscher hatte sich dafür eingesetzt, die Frage offenzuhalten.

Jugoslawien

Die Krisen und Kriege im ehemaligen Jugoslawien stellen für den Westen eine Chronik des Scheiterns dar. Nicht so für Hans-Dietrich Genscher. Dabei ist sein Kapitel, das er mit »Krieg in Jugoslawien: Für eine europäische Entscheidung« überschreibt, schon in der Präsentation aus dem Ruder gelaufen. Der Aufbau ist erratisch, teilweise konfus. Die Daten – soweit vorhanden – sind zeitlich ungeordnet. So arbeitet der Verfasser mit Rückblenden, die bisweilen weitere Rückblenden einschließen. Mit den Fakten geht er selektiv um. Der Stil ist advokatorisch; Genscher will zeigen, daß er recht gehabt hat.

Aber wichtiger ist der Inhalt: Es ist ein schiefes Bild, das Genscher hier entwirft. Genschers Ausgangspunkt für das Kapitel ist die ursprüngliche Politik des Westens. Sie trat für den Erhalt des jugoslawischen Staatsverbandes ein, auch wenn das in Deutschland mit wachsender Kritik verbunden war. Zwei Aspekte waren für die deutsche Jugoslawienpolitik maßgebend, nämlich zentrifugale Tendenzen nicht zu ermutigen und Alleingänge zu unterlassen. Diese Linie sollte nicht lange halten. Mit zunehmender Krise gelang es Genscher, in der Sitzung des KSZE-Rates in Berlin am 19. Juni 1991 eine Erklärung zu Jugoslawien durchzusetzen, in der insbesondere festgestellt wurde, daß es allein den Völkern Jugoslawiens obliege, über die Zukunft des Landes frei zu entscheiden. Vor dem Hintergrund dieser Erklärung verkündeten wenige Tage danach Kroatien und Slowenien ihre Unabhängigkeit und begannen die Serben den Krieg. Die darauf einsetzende hektische, aber kraftlose Aktivität von KSZE- und EG-Organen steht im Mittelpunkt von Genschers Ausführungen. Während er den Vereinten

Nationen vorwirft, ihre Möglichkeiten nicht ausgenutzt zu haben, werden KSZE und EG gegen Kritik in Schutz genommen: es gebe positive Seiten; der Balkan habe die EG-Staaten nicht entzweit.

In der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens hat Genscher indessen sichtlich große Mühe, seine Behauptung zu belegen, Deutschland habe gewartet, bis die anderen elf Staaten zugestimmt hätten. Der Sachverhalt ist folgender: Am 16. Dezember 1991 hatten die EG-Außenminister die objektiven Kriterien festgelegt, die für die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa gültig sein sollten. Ihre Erfüllung sollte zunächst von einer Juristenkommission (der Badinter-Kommission) begutachtet werden. Die Minister beschlossen, die Unabhängigkeit der sich so qualifizierenden jugoslawischen Republiken anzuerkennen und den Beschluß am 15. Januar 1992 »umzusetzen«. Damit sollte die Anerkennung für dieses Datum in Aussicht gestellt werden. Ohne das Gutachten der Badinter-Kommission abzuwarten, erkannte die Bundesregierung, die inzwischen unter erheblichen innenpolitischen Druck geraten war, Kroatien und Slowenien schon am 23. Dezember 1991 an.

Genscher, von Haus aus Rechtsanwalt, rechtfertigt das deutsche Vorgehen damit, er habe im Kreise der Außenminister, ohne Widerspruch zu finden, die Absicht der Bundesregierung mitgeteilt, »noch vor Weihnachten über die Anerkennung zu entscheiden. Doch auch eine positive Entscheidung werde erst nach Ablauf der von der Europäischen Gemeinschaft gesetzten Frist zum 15. Januar des neuen Jahres mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen umgesetzt werden«. ²² Hieraus war nicht ohne weiteres zu entnehmen, daß die Bundesregierung die Anerkennung schon vor dem 15. Januar 1992 aussprechen wollte. Bei dem Außenministertreffen ging es in erster Linie um die Frage, unter welchen Umständen und wann die völkerrechtliche Anerkennung der Nachfolgestaaten wirksam werden sollte. Die Anerkennung ist ein einseitiger, empfangsbedürftiger Rechtsakt. Von der eigentlichen Anerkennung sind selbstredend zu unterscheiden die regierungsinterne Entscheidung über eine noch vorzunehmende Anerkennung, die Vereinbarung über Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit oder nach einer Anerkennung bzw. ihre tatsächliche Aufnahme. Wenn Genscher einen (im Beschluß der Außenminister so nicht erkennbaren) Unterschied zwischen völkerrechtlicher Anerkennung und »Umsetzung«, nämlich Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, macht, so beruft er sich damit auf einen versteckten Dissens. Das wirkt gekünstelt. Was die Begutachtung der Anerkennungsersuchen betraf, berief sich Genscher auf das positive Gutachten eines deutschen Völkerrechtlers sowie auf eigene

22 H.-D. GENSCHER (wie Anm.1), S. 961.

Ermittlungen. Die Badinter-Kommission werde ohne Zweifel zum gleichen Ergebnis kommen (was sie dann am 11. Januar 1992 auch tat).

Zu der vehementen Kritik in der westlichen Öffentlichkeit gegen das deutsche Vorgehen meint Genscher unter Hinweis darauf, daß keiner seiner Kollegen widersprochen habe: »Der später von schlecht informierter Seite erhobene Vorwurf, wir seien mit unserer Entscheidung vorgeprescht, entbehrt daher jeder Grundlage.«²³

Genschers »guter Freund« und Kollege Jim Baker ist anderer Ansicht, wenn er in seinen Erinnerungen schreibt, daß die Bemühungen Washingtons, Jugoslawien zusammenzuhalten und einen Krieg zu verhindern, scheiterten, und fortfährt: »Der Damm brach, als die Deutschen, innenpolitischem Druck nachgebend, einseitig Kroatien und Slowenien am 23. Dezember 1991 anerkannten.«²⁴

Übrigens beklagt er auch Uneinigkeit unter den westlichen Alliierten: »Anfänglich stellten sich die Briten und Franzosen oft auf die Seite der Serben, während die Deutschen ständig den Kroaten die Rechtswohlthat ›im Zweifel für den Angeklagten‹ verliehen.«

Kollege Henry Kissinger, laut Genscher mit ihm in »beständiger Freundschaft« verbunden, erweitert im Jahre 1993 die Kritik, indem er auf die verhängnisvolle Folgewirkung der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens hinweist: »Der unverantwortlichste Fehler in der gegenwärtigen bosnischen Tragödie war die internationale Anerkennung eines bosnischen Staates, regiert von Muslimen. Blind dem Beispiel Deutschlands hastiger Anerkennung von Slowenien und Kroatien folgend, etablierte die internationale Gemeinschaft alle Republiken des früheren Jugoslawiens als unabhängige Staaten.«²⁵

Es war eine Fehlbeurteilung Genschers, durch eine Internationalisierung des innerjugoslawischen Konflikts die Grundlage für eine dauerhafte Befriedung legen zu wollen. Mit der Anerkennung der beiden Teilrepubliken wurde der Auftrag der EG-Friedenskonferenz unerfüllbar. Lord Carrington hatte damit keinen Hebel mehr, um die Kriegführenden zu einem Kompromiß zu zwingen. Mit der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens war Jugoslawien zerfallen und ein Reißverschlusseffekt zur Anerkennung weiterer Teilrepubliken in Gang gesetzt worden. Ohne gleichzeitige und prinzipielle Lösung der Streitfragen im jugoslawischen Verband war ein Konflikt unver-

23 EBD., S. 962.

24 James A. BAKER/Thomas M. DEFRANK, »*The Politics of Diplomacy. Revolution, War & Peace 1989-1992*«, New York 1995, in: »*Neue Zürcher Zeitung*« v. 15. Jan. 1996.

25 *Washington Post*, Mai 1993, laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 27. Mai 1993.

meidlich geworden.²⁶ Am 7. April 1992 wurde auch Bosnien-Herzegowina anerkannt. Damit war der Krieg dort vorprogrammiert, da die Serben ihre Position als Staatsvolk nicht verlieren wollten. Genscher wendet sich zu Recht gegen den Versuch, Deutschland allein für die folgende Entwicklung in Bosnien-Herzegowina verantwortlich zu machen. Ein Zusammenhang der Anerkennung Bosnien-Herzegowinas mit der von Slowenien und Kroatien kann jedoch auch von Genscher nicht ernstlich bestritten werden.

Der Autor unterstreicht, daß er sich innerhalb der EG, aber auch in offiziellen Erklärungen immer wieder für eine europäische Antwort auf die Probleme des früheren Jugoslawiens ausgesprochen habe. Diese Intention ist gründlich fehlgeschlagen. Den Test, vor ihrer eigenen Haustür Frieden und Ordnung zu schaffen, haben die Europäer nicht bestanden. »Die vorbeugende Diplomatie ist bei ihrer Reifeprüfung auf dem Balkan durchgefallen.«²⁷ Mit der Kriegeröffnung durch die Serben wurden die Prinzipien des Schlußprotokolls von Helsinki und der Pariser KSZE-Charta mit Füßen getreten.²⁸ Mitgliedsstaaten der KSZE haben nichts unternommen, um diese Prinzipien in die Tat umzusetzen. Wenn westliche Mächte 1991/92 bereit gewesen wären, der Anwendung militärischer Gewalt durch die Serben mit gleichen Mitteln entgegenzutreten, wäre die Entwicklung anders verlaufen. Diese Lehre läßt sich aus dem Erfolg des amerikanischen Engagements von 1995 ziehen. Aber die Westeuropäer waren damals zum Einsatz militärischer Mittel für die Erzwingung einer Friedenslösung weder mental noch politisch bereit.

Gerade die Deutschen hätten mit ihrem Potential zur Stärkung der militärischen Fähigkeiten der Europäer beitragen können. Statt dessen wurde die Lösung des Streits, ob sich die Bundeswehr an friedensschaffenden Maßnahmen beteiligen dürfe, Jahre hindurch hintertrieben. Dabei war Genscher ein Wortführer. Er vertrat die Ansicht – und bestimmte damit die Haltung seiner Partei –, daß das Grundgesetz die Beteiligung deutscher Verbände an friedensstiftenden Aktionen verbiete. Das Bundesverfassungsgericht verneinte diese Auffassung im Jahre 1994 in einem Verfahren, in dem auch der Koalitionspartner FDP gegen die eigene Regierung geklagt hatte, ein einmaliger Vorgang. Genscher geht auf den unrühmlichen Punkt nicht weiter ein. Im übrigen ist seine Erklärung, die Regierungen und die europäischen

²⁶ Gajo SEKULIC, »Katastrophale Sklerose des Denkens«, in: *Bonner Generalanzeiger* v. 9./10. Dez. 1995.

²⁷ Michael STÜRMER, »Debakel des Westens«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28. Juli 1993.

²⁸ Joachim KRAUSE, *Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die Suche nach einer neuen internationalen Ordnung*. Aktuelle Kurzanalyse Nr. 17, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn Oktober 1995, auch im folgenden.

Institutionen seien damals auf die Ereignisse nicht ausreichend vorbereitet gewesen, richtig. Sie gilt besonders für ihn selbst.

Bis zum 3. Oktober 1990 war der Weg der deutschen Außenpolitik in vielem vorgezeichnet; es ging um die Lösung der deutschen Frage im Kontext der Nachkriegslage. Nach dem 3. Oktober 1990 hat unsere Außenpolitik eine andere Dimension erhalten, sie ist gewissermaßen aus der Bucht der Deutschlandpolitik hinausgefahren und befindet sich seitdem auf dem offenen Meer; es herrscht Seegang, und es bedarf sorgfältiger und genauer Kursbestimmung. Sollte auch Genscher diese Erfahrung gemacht haben, und sollte diese Erkenntnis seinen plötzlichen Entschluß zum Rücktritt beeinflussen haben?

Wie anfangs gesagt, ging es nicht darum, die historische Leistung des Außenministers Genscher zu werten. Noch weniger galt es, die Persönlichkeit Hans-Dietrich Genschers zu charakterisieren. Es ging allein um eine kritische Nachlese seiner vor drei Jahren erschienenen Erinnerungen im Lichte neuer Konstellationen und Erkenntnisse. Und auch dabei konnten nur einige Hauptthemen exemplarisch behandelt werden.

Eine Autobiographie kann so, wie sie ist, nur als Material für die Geschichtsschreibung dienen. Niemand kann sich so weit von seiner eigenen Person distanzieren, daß er sein eigener Schiedsrichter werden könnte. Subjektive Perspektiven und begrenzte Blickwinkel werden das Bild der Wirklichkeit immer mehr oder weniger verändern. Erinnerungen haben ihre Lücken, Widersprüche, Ungereimtheiten und geschönte Seiten. Der advokatorische Aspekt ist in ihnen immer ausgeprägt. Das gilt in besonderem Maß für Genschers Erinnerungen.